beabsichtigt ist, wird entsprechende Maßnahmen getroffen worden, um jede derartige Handlung im Keime zu ersticken.

In der Nacht vom Ostersonntag zum Montag drangen in das Kraftwerk Unterspree bei Spandau, das die Berliner Untergrundbahn mit Strom versorgt, vier junge Burschen im Alter von 16 bis 19 Jahren ein und zwangen mit vorgehaltenem Revolver die völlig überraschte kleine Nachtschicht sich in eine Ecke des Maschinenraumes zu begeben. Die Banditen versuchten hierauf, die Schaltungen für die Hauptkabel zu sprengen, gerieten jedoch an eine weniger bedeutende Nebenanlage. Dadurch, daß die Hauptsprengladung nicht explodierte, erlitt auch diese keinen erheblichen Schaden. Der Betrieb des Werkes erlitt keine Unterbrechung. Die Verbrecher konnten unbehindert entkommen und bis zur Stunde ist es noch nicht gelungen, eine Spur von ihnen zu entdecken.

In der Nacht zum Ostersonntag erfolgte in einer Badeanstalt neben der Eisenbahnbrücke an der Holtzendorffstraße nahe dem Bahnhof Charlottenburg eine gewaltige Explosion, durch die die Badeanstalt zerstört, viele Fensterscheiben zertrümmert und mehrere Häuser stark beschädigt wurden. Menschenleben sind, soweit bisher bekannt, nicht zu beklagen. Anscheinend hatte das Attentat den Zweck, die Eisenbahnbrücke zu zerstören, was jedoch nicht gelungen ist.

Da verbrecherische Elemente wiederholt Versammlungen unter freiem Himmel und Straßendemonstrationen dazu benutzt haben, um zu Unruhen aufzuhetzen, hat der Polizeipräsident bis auf weiteres alle **Versammlungen unter freiem Himmel und alle Straßendemonstrationen verboten.** Die Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission der S. P. D. und der U. S. P. D. haben, wie bereits gemeldet, dem Polizeipräsidenten persönlich erklärt, daß in der nächsten Zeit Versammlungen unter freiem Himmel und Straßenumzüge nicht geplant waren. Obiges Verbot richtet sich also nur gegen das verfassungswidrige Treiben gewissenloser Elemente.

Unruhen im Rheinland.

Aus Münster wird gemeldet: Die Pressestelle des Oberpräsidiums meldet kommunistische Gewaltakte im Regierungsbezirk Düsseldorf, insbesondere aus Mettmann, was den Oberpräsidenten von Westfalen veranlaßt hat, mit Genehmigung der preußischen Staatsregierung für den unbesetzten Teil des Regierungsbezirkes Düsseldorf, sowie die Regierungsbezirke Münster und Arnsberg den Ausnahmezustand zu erklären. Mettmann ist seit gestern 6 Uhr von den Aufständischen besetzt. Gegenmaßnahmen zur Wiederherstellung der Lage sind bereits eingeleitet. Im neubesetzten Gebiet sind gleichfalls Plakate, die zum Generalstreik auffordern, angeschlagen. Es scheint, daß die Generalstreikparole nur in Hamborn Erfolg gehabt hat. Zur Wiederherstellung der Lage in Mettmann sind gestern vormittag 11 Uhr zwei Hundertschaften der Elberfelder und eine Hundertschaft der Mülheimer Schutzpolizei eingesetzt worden. Die Schutzpolizei in Düsseldorf hat von der Entente die Waffen zurückerhalten, um Düsseldorf gegen die Aufständischen abzusperren. In der 4. Nachmittagsstunde meldet die Polizeiverwaltung Elberfeld, daß auch Velbert von einem Teil der Roten Garde aus Mettmann besetzt worden sei. Das Gebäude der Polizeiverwaltung, der Staatsverwaltung und die Post wurden besetzt und die Reichsbank gestürmt. Die Aufrührer requirierten Autos, um Proviant und Geld aus der Umgegend rauben zu können. In Gelsenkirchen ist die Nacht vom 1. zum 2. Osterfeiertag, wie auch der gestrige Tag bei auffallend geringem Straßenverkehr ruhig verlaufen. In Remscheid ist die Lage zur Stunde noch unverändert. Heute Dienstag wird die Schutzpolizei den Schutz der Zechen und Arbeitswilligen übernehmen. In Mülheim ist alles ruhig, in Bottropp sind bisher keine besonderen Vorfälle zu verzeichnen. In Hamm ist gleichfalls alles ruhig, ebenso in Wanne und Hagen. In Buer erklärten die Redner in einer Versammlung, es müsse an der Generalstreikparole festgehalten und vom Dienstag ab die Arbeit eingestellt werden.

Am Sonnabend ereigneten sich auf den Zechen des Essener Reviers stellenweise Gewalttätigkeiten. Die kommunistischen Streikposten suchten mit Gewalt die Einstellung der Arbeit zu erzwingen. Diese Gewalttätigkeiten dehnten sich auch auf die Kruppsche Fabrik aus. Sonntag rückte eine Abteilung Reichswehrkavallerie an. Als sich Montag vormittag Gruppen von Demonstranten auf dem Burgplatz einfanden, wurden sie von den Sicherheitsorganen auseinandergetrieben. Als am Nachmittag weiter Demonstranten in geschlossenem Zuge zum Burgplatz zogen, kam es zu einem Zusammenstoß mit der Sicherheitspolizei, die zunächst eine Salve in die Luft abgab. Die Salve wurde mit Gelächter aufgenommen und wieder ertönte der Ruf: „Nieder mit den Bluthunden!" Gleich darauf wurden aus der Menge heraus Handgranaten geworfen und Gewehrschüsse abgegeben. Darauf schoß die Polizei scharf. Aus einem Haus wurde ein Blumenstrauß auf die Polizei herabgeworfen, in dem sich eine Handgranate versteckt befand. Wie nunmehr feststeht, gab es bei dem Zusammenstoß 15 Tote, davon 3 bei der Schutzpolizei, und 46 Verwundete, darunter 11 Angehörige der Schutzpolizei. Die Schutzpolizei zeigte eine mehr als große Langmut. Als die Menge zu weichen begann, wurde jede weitere Abwehrhandlung unterlassen.

Ruhe in Hamburg.

Während der Feiertage hat sich in Hamburg die Erregung gelegt. In der Stadt und am Hafen herrscht vollkommene Ruhe. Man rechnet damit, daß die Arbeit auf den Werften in den nächsten Tagen überall wieder aufgenommen wird.

Kommunistische Propaganda in Hannover.

Am Sonnabend fand in Hannover auf dem Klagesplatz eine Demonstration der vereinigten kommunistischen Partei statt, die nur mäßige Teilnahme zeigte. Kommunistische Redner, wie Iwan Katz und Gottberg, hielten Ansprachen, in denen sie auf die Ereignisse in Nord- und Mitteldeutschland hinwiesen und die Arbeiterschaft aufforderten, hier ihren Mann zu stehen und zu kämpfen. Man solle sich zur Tat bereithalten. Am Dienstag müsse der Generalstreik in Hannover erklärt werden. Zu Zwischenfällen ist es bisher nicht gekommen.

Die belgischen Sozialisten zur Reparationsfrage.

In Brüssel haben die Sozialisten die Kampagne für die kommenden Kommunalwahlen begonnen. In einer großen Versammlung ergriff auch Minister Vandervelde das Wort. Er sagte unter dem Hinweis, daß auch bald allgemeine Wahlen stattfinden, daß drei Dinge im Vordergrund stünden, erstens Einführung sozialer Versicherungen, zweitens Sozialisierung der Eisenbahnen, beginnen mit Sozialisierung der Kohlengruben, und drittens endlich die sechsmonatige Dienstzeit. An letzter Reform sei ihm am meisten gelegen, weil sie die Friedenspolitik charakterisiere, die die Sozialisten gegenüber der Kriegspolitik ihrer Gegner verlangten. Deutschland habe eine geheiligte Schuld, die es bezahlen müsse. Frankreich und Belgien hätten ein Anrecht auf Reparation. Man könne sie auf zwei Arten erreichen: durch die Methode der Sozialdemokraten und durch die Methode der Nationalisten. Die Sozialdemokraten erklärten, Deutschland müsse zahlen, was es fähig sei, zu zahlen. Damit man das erreiche, wolle man an die Arbeiterklasse appellieren und mit ihr die geeignetste Methode suchen, um die Schulden wieder gutzumachen. Das Proletariat müsse durch eine internationale Aktion zu Erscheinung treten. Die Reaktionäre erklärten, Deutschland müsse hunderte von Milliarden bezahlen, trotzdem sie wüßten, daß das deutsche Volk nicht genügend produzieren könne. Um eine derartige Schuld zu bezahlen, um eine derartige unrealisierbare Sache zu erreichen, hätten die Nationalisten zu Gewaltmaßnahmen gegriffen, darunter zur Besetzung rechtsrheinischer Städte durch die Gewalt der Bajonette. Diese Besetzung werde die Besetzung anderer Städte nach sich ziehen, denn gewisse Leute träumten von der Besetzung Berlins. Eine derartige Politik müsse zu stärkeren Militärlasten führen. Deutschland zahle z. B. den Alliierten für Besatzungskosten jährlich eine Milliarde, also eine Milliarde, die an Frankreich und Belgien für Reparationen bezahlt werden könnte. Durch diese Politik könnten in Deutschland die Reaktionäre das Haupt erheben, weil sie die lächerlich übertriebenen Forderungen der Entente auszubeuten in der Lage seien. So führe die nationalistische Methode notwendigerweise zum Krieg. Das Proletariat werde diese Katastrophe zu verhindern wissen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Bewirtschaftung des Zeitungspapiers. Das Reichskabinett hat nach eingehender Prüfung aller in Betracht kommenden Umstände beschlossen, die Bewirtschaftung des Zeitungsdruckpapiers noch bis zum 1. Juli ds. J. fortzusetzen. Maßgebend für diese Entschließung war der Umstand, daß sich die künftige Entwickelung des Druckpapiermarktes infolge der durch die Sanktionen geschaffenen unklaren Verhältnisse nicht genau übersehen läßt. Im übrigen hat sich auch die Mehrheit der deutschen Zeitungsverleger und der Beirat der Wirtschaftsstelle entschieden für die Fortsetzung der Kontingentierung ausgesprochen.

Ein französischer Journalist bei Hindenburg. Ein Korrespondent des „Petit Journal" hat Marschall Hindenburg in Hannover aufgesucht. Der Marschall soll dem Korrespondenten nach langem Zögern geantwortet haben, daß, wenn die Franzosen und Deutschen durch gegenseitige Reisen sich besser kennen lernen würden, vielleicht eine Entspannung und eine Besserung der Lage erzielt werden könne. Aber solange der Haß Frankreichs sich gegen Deutschland so lebendig zeige wie jetzt, obzwar man im Frieden sei, sei dies unmöglich, umsomehr als die gegen Deutschland angewandten Mittel auch deutscherseits den Haß verschärften. Man lebe im Friedenszustand, aber der moralische Krieg werde fortgesetzt.

Verschleppung der Entscheidung über Oberschlesien. Wie „Petit Parisien" feststellt, wird die Entscheidung über Oberschlesien nicht vor Ende April getroffen werden können. Zuerst werde die Interalliierte Kommission in Oberschlesien Vorschläge über die Grenzen machen, in zweiter Linie werde alsdann die Botschafterkonferenz darüber beraten und, wenn nötig, werde der Oberste Rat an den Schiedsspruch der Regierungen appellieren.

Zur Forderung der Gold-Milliarde. „Journal des Débats" schreibt, offenbar beeinflußt, über die Folgen, die man der deutschen Weigerung, eine Milliarde Goldmark am 23. März zu bezahlen, geben wolle, es scheine sich zu bestätigen, daß keine entscheidende Maßnahme vor dem 1. Mai ergriffen werden solle. Man scheine anzunehmen, daß es besser sei, die Druckmittel nicht zu vergeuden und das Gewicht der Sanktionen nicht dadurch herabzumindern, daß man sie stückweise anwende. Von jetzt bis zum 1. Mai werde die Gesamtbilanz über die deutschen Verfehlungen aufgestellt werden. Nach diesem Tage werde die Entscheidung getroffen werden. Ob man wie bisher durch Konferenzen der Regierungschefs oder durch Meinungsaustausch von Kabinett zu Kabinett die Frage lösen werde, stehe noch dahin.

Das Zollregime in den Rheinlanden. „Echo de Paris" stellt fest, daß ein neuer Aufschub der vorgesehenen Beratungen des Botschafterrats über das Zollregime in den Rheinlanden notwendig wird, weil das englische Kabinett wegen der Feiertage zu den Vorschlägen der Interalliierten Rheinlandkommission noch nicht hat Stellung nehmen können.

Eine Interalliierte Konferenz. Nach Meldung der Information aus Rom wird demnächst in Italien eine Interalliierte Konferenz unter Vorsitz von Giolitti stattfinden, die sich mit der Reparationsfrage, mit dem Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien und mit dem türkisch-griechischen Krieg beschäftigen wird.

Oberschlesiens Autonomiegesetz in Vorbereitung. In der sicheren Erwartung, daß Oberschlesien nach der Abstimmung ungeteilt beim Deutschen Reiche verbleiben wird, hat das Reichskabinett den Reichsminister des Innern beauftragt, die Vorbereitungen für das oberschlesische Autonomiegesetz in Angriff zu nehmen.

Dürfen wir Flugzeuge bauen? Auf eine Note vom 17. März, in der die Interalliierte Kontrollkommission noch einmal die in Boulogne beschlossene, und Deutschland durch eine Note vom 29. Januar mitgeteilte Entscheidung betont, daß die Herstellung von Flugzeuggerät noch verboten ist, hat das Auswärtige Amt am 26. März erwidert, daß die deutsche Regierung nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß die Sperrfrist am 10. Juli 1920 (6 Monate nach der Friedensratifizierung) abgelaufen ist. Die Regierung wiederholt aber ihr Angebot, den Streitfall einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Frankreich.

Die Arbeitslosigkeit. In einem Artikel, in dem vom Pariser Nachtleben gesprochen wird, stellt die „Humanite" fest, daß im Seine-Departement augenblicklich 120 000 Arbeitslose vorhanden seien.

England.

Brandstiftungen. In der Nacht zum Montag wurden vier große Heuschober in Newcarnet, einer Vorstadt von London, vernichtet. Eine Menge Oel wurde in der Nähe vorgefunden. Eine Anzahl von Bränden auf Gütern wird aus der Gegend von St. Albans gemeldet. „Lloyds News" berichtet, daß in der Umgebung von Newcastle-on-Tyne mehrere Feuersbrünste auf Gütern ausbrachen. Der Schaden wird auf einige Tausend Pfund Sterling geschätzt.

Amerika.

Die Beziehungen zu Rußland. Reuter meldet aus Washington: In einer Botschaft an den Sowjetvertreter in Reval erklärt der Staatssekretär Hughes, die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland werde davon abhängen, ob befriedigende Zusicherungen gegeben werden könnten, daß grundlegende Aenderungen ins Auge gefaßt würden, darunter die schuldige Rücksichtnahme auf den Schutz von Personen und Eigentum. Die Herstellung gesicherter Zustände sei für die Aufrechterhaltung des Handels wesentlich.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 29. März 1921.

—* **Die hiesige Elbbrücke** ist seit gestern von Mannschaften der Landespolizei besetzt. Es handelt sich lediglich um eine Vorsichtsmaßnahme.

—* **Im hiesigen Eisenwerk** ist, da von der Zentrale in Lauchhammer infolge des Streiks Strom nur zu Notstandsarbeiten abgegeben wird, das Walzwerk zum Stillstand gekommen. Das Werk hat daher den betreffenden Arbeitern jetzt den tarifmäßigen Urlaub gewährt. Die anderen Arbeiter werden bis auf weiteres beschäftigt.

— **Zu den Bombenattentaten in Sachsen.** Den Gebäude- und Sachschaden, der durch den Bombenanschlag im linken Flügel des Freiberger Landgerichtsgebäudes verursacht wurde, [illegible] auf eine halbe Million. In Bezug auf die Urheberschaft des Verbrechens ist noch ermittelt worden, daß wenige Minuten vor der Katastrophe ein Unbekannter, ca. 20—25 Jahre alt, schlank, 165—170 Zentimeter groß, jüdischer Typus, kurz geschnittener, kleiner Schnurrbart, gut gekleidet, mit furzem, modernem Ueberzieher und weichem, hellem Hut, eine frisch angebrannte Zigarette rauchend und eine Aktenmappe unterm Arme tragend, gesehen worden ist, wie er das bereits in früheren Berichten erwähnte öffentliche Klosett nächst dem Fenster des im 1. Stockwerke gelegenen Abortraumes, und darauf zweifellos sofort auch das Gebäude verlassen hat. — Zur Sicherung des Rathauses zu Plauen i. V. sind umfassende Maßnahmen getroffen.

—* **Der fröhliche Zechter.** Georg Müller-Heim gastiert am Sonntag, 3. April in Riesa. Näheres morgen im Anzeigenteile.

—* **Die Mehlversorgung.** Aus Berlin wird gemeldet: Nachdem die Wochenmenge des für Haushaltszwecke abgegebenen amerikanischen Weizenmehls (Kochmehls) von dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft im Februar auf 200 Gramm erhöht worden ist, wird nunmehr, wie wir erfahren, mit Wirkung vom 16. März 1921 ab die Ausmahlung dieses Mehls auf 70 Prozent herabgesetzt. Gleichzeitig wird die Reichsgetreidestelle infolge günstigerer Einkäufe in der Lage sein, den Preis des amerikanischen Weizenmehls den Kommunalverbänden mit nur 6,25 Mark für das Kilogramm zu berechnen. Die Kommunalverbände sind angewiesen, die Zuschläge zur Deckung ihrer Unkosten und für den Kleinhändler auf das Notwendigste zu beschränken, damit der Verbraucher für ein Pfund amerikanisches Weizenmehls möglichst nicht mehr als 8,50 Mk. zu zahlen hat. Es darf gehofft werden, daß die Hausfrauen, wenn sie für einen so niedrigen Preis einwandfreies, weißes Mehl für Haushaltszwecke erhalten, auch das teuere Schleichhandelsmehl nicht mehr beziehen werden.

—* **Die Osterfeiertage** mußten sich mit einer Witterung begnügen, die recht merklich von dem Wetter vor dem Feste abstach, und zwar in ungünstigem Sinne. Während der Karfreitag und der Ostersonnabend eine fast sommerliche Temperatur aufzuweisen hatten, herrschte an beiden Feiertagen windige und kalte Witterung, so daß eigentlich an die Stelle der Frühlingskleider noch der Pelz gehört hätte. Viele ließen sich trotzdem den Osterspaziergang nicht nehmen, der freilich durch den kalten Wind, der dicke Staubwolken vor sich her trieb, sehr beeinträchtigt wurde. Den Ausflugs-Wirtschaften, sowie den Verkehrseinrichtungen, insbesondere auch unserer Personenschiffahrt, dürfte der Witterungswechsel immerhin Einbuße gebracht haben.

—* **Erhöhungen im Gepäckverkehre.** Am 1. April 1921 treten im Gepäckverkehre Erhöhungen ein, deren Umfang in den einzelnen Entfernungszonen verschieden ist. An Stelle der Vorstufe von 30 Kilogramm sind drei Gewichtsstufen zu 10, 20 und 30 Kilogramm geschaffen. Die bisher unbeschränkte Abfertigungsmöglichkeit für Sendungen im Gewichte bis 30 Kilogramm entfällt. Die Zahl der vorgelegten Fahrkarten ist künftig auf die Höhe der Fracht ohne Einfluß.

Dresden. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend wurde die Druckerei der Dresdner „Unabhängigen Volkszeitung" von bisher noch unermittelten Tätern heimgesucht. Sie zerstörten die Rotationsmaschine, dem Lieferten die Sauerstoffanlagen und nahmen die Tretortenen mit. Der Schaden ist nicht unbeträchtlich. Man vermutet hinter dieser Tat einen politischen Racheakt.

Großhennersdorf. Der Raubmord an den betagten Rengerschen Eheleuten in Großhennersdorf hat seine Aufklärung gefunden. In Oberoderwitz wurde der 56 Jahre alte Handelsmann Wilhelm Oswald Ritzsche als mutmaßlicher Täter verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Zittau. Der Stadtrat beschloß, innerhalb der nächsten zwei Jahre grundsätzlich keine neuen Konzessionen für Schankzwecke und für Kleinhandel mit Spirituosen zu erteilen.

X Zwickau. Nach zweitägiger Verhandlung wurde vor dem Schwurgericht der Prozeß gegen die 69 Jahre alte Stellmacherswitwe Ernestine Zesch aus Hohndorf wegen Gattenmordes zu Ende geführt. Die alte Frau war angeklagt, in der Nacht zum 18. August vorigen Jahres allein oder gemeinsam mit anderen ihren 76 Jahre alten Ehemann, mit dem sie 40 Jahre lang verheiratet war, im Bett erschossen zu haben, um vorzeitig in den Besitz der Erbschaft zu gelangen. Die Geschworenen sprachen die Angeklagte, welche jede Schuld hartnäckig bestritt, unter Verneinung der Schuldfrage nach Mord, des Totschlages an ihrem Ehemann schuldig, worauf der Gerichtshof eine Strafe von 10 Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrenrechtsverlust über sie verhängte. — Nach lebhafter Debatte lehnten die Stadtverordneten die vom Rate eingebrachte Vorlage einer Gewerbesteuer mit 17 bürgerlichen gegen 15 sozialdemokratische Stimmen ab.

Mylau. Um der Wohnungsnot zu steuern, hat sich hier eine Wohnungsuntersuchungskommission gebildet, die bis jetzt 25 Wohnungen entdeckte, die für Wohnungsuchende freigemacht werden können. Um nun die nötigen Gelder für den Umbau aufzubringen, hat man sich an 55 hiesige Bürger gewandt und von diesen 55 haben bis jetzt 24 einen Betrag von 700 000 M. gezeichnet, der mit 3,5 v. H. verzinst wird. Als Belohnung für diese Hergabe sollen die Zeichner von der Zwangseinquartierung verschont bleiben.

Plauen i. V. Der französische Mörder Möckel aus Jößnitz wurde in Greiz an die Stelle geführt, an der 1916 das Schulmädchen Hartmann ermordet aufgefunden worden ist. Möckel hat den Mord eingestanden, wie die anderen vier Morde, die als Lustmord auf sein Konto kommen. Möckel ist verheiratet und Familienvater.

Oelsnitz i. V. Verhaftet wurde hier der Kassierer der hiesigen städtischen Sparkasse, Sekretär Schlott. Der Verhaftete, der verheiratet und Vater zweier Knaben im Alter von 10 und 12 Jahren ist, soll, dem Vernehmen nach, ganz bedeutende Summen — erzählt wird, daß der Betrag 150 000 Mark weit übersteigt — unterschlagen haben. Die Fälschungen sollen sich auf viele Jahre zurück erstrecken.

Leipzig. Nach dem Ausscheiden des Fabrikbesitzers Graf aus dem Stadtrat wird Fräul. Goetz, eine Tochter des bekannten ehemaligen Vorsitzenden der Deutschen Turnerschaft Dr. Ferd. Goetz, in das Kollegium eintreten und Leipzig damit seinen ersten weiblichen Stadtrat erhalten.

Sport.

Fußball. Des Sportvereins Feiertagsspiele: R.S.V. 1. gegen Markomannia 1., Berlin 2:0. R.S.V. spielte meist überlegen. Berlin enttäuschte. R.S.V. 2. gegen Lommatzsch 2. 2:1. R.S.V. 4. gegen Teutonia 4., Chemnitz 3:3. R.S.V. 1. Jugend gegen V.f.B. Leipzig 1. Jugend 2:7. R.S.V. 2. Jugend gegen Röderau 2. Jugend 1:2. R.S.V. 1. Jug. gegen V.f.B. Leipzig 1. Jug. 3:0.

Spielvereinigung 1. Jugend stand am 1. Osterfeiertag der 1. Jugend des mitteldeutschen Altmeisters V.f.B. Leipzig gegenüber und verlor nach fairem Spiel 0:2. V.f.B. zeigte ein gutes Kombinationsspiel, hinter dem die Heimischen zurückstanden. Am 2. Feiertag weilte Ballspielklub Leipzig hier, auch hier mußte die 1. Jugend den Kürzeren ziehen. Resultat 0:2. Spielvereinigung 2. Jugend gegen Ring, Dresden 2. Jugend 6:2. Spielvereinigung 2. gegen Lommatzsch 1. 4:1. Spielv. 2. gegen Röderau 1. 0:2.